

Fraktionen in der Gemeindevertretung
SPD Bündnis 90/ FDP OLN WGN
Die Grünen

An den
Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Niedernhausen
Herrn Alexander Müller
Wilrijkplatz
65527 Niedernhausen

23. Juni 2021

ANTRAG

Moratorium für die „Richtlinien zur Wahlplakatierung“

Sehr geehrter Herr Müller,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu nehmen:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Für die Anlage zur Sondernutzungssatzung der Gemeinde Niedernhausen vom 20. Dezember 2012 i. d. F. des I. Nachtrages vom 8. Dezember 2020 „Richtlinien zur Plakatierung bei Wahlen, Bürgerentscheiden, Abstimmungen im Gebiet der Gemeinde Niedernhausen“ soll gelten:

1. Für die Bundestagswahl am 26. September 2021 soll o.g. Richtlinie verwaltungsseitig nicht angewendet werden.
2. Die antretenden Parteien bzw. ihre in Niedernhausen ansässigen Gruppierungen werden bei der Bundestagswahl 2021 um eine maßvolle Wahlwerbung gebeten.
3. Der Gemeindevorstand wird gebeten, o.g. Richtlinien unter Berücksichtigung der Vorgaben des §5 Parteiengesetz zur Wirksamkeit von Wahlwerbung auf ihre formaljuristische Richtigkeit hin zu überprüfen. Der Gemeindevertretung ist entsprechend zu berichten.

Begründung:

Die „Richtlinien zur Plakatierung bei Wahlen, Bürgerentscheiden, Abstimmungen im Gebiet der Gemeinde Niedernhausen“ wurden durch die Gemeindevertretung im Dezember

2020 verabschiedet, um übermäßige Wahlwerbung, insbesondere auch durch nicht in Niederrhein ansässige Parteien und Gruppierungen zu regeln.

Nach den Erfahrungen in der Kommunalwahl vom 14.03.2021 erscheint eine Überprüfung der Regelungen geboten. So ist bspw. die Werbewirksamkeit von Großflächenplakaten und sog. Wesselmännern in der Richtlinie nicht berücksichtigt. Grundsätzlich erscheinen die Regelungen der Richtlinie unter Würdigung der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages (WD 3 - 3000 - 315/14) sowie der dort genannten Urteile des OVG Bremen sowie VG Gießen fortschreibungsbedürftig.

Um einen ausreichenden Überprüfungszeitraum zu schaffen, soll die Richtlinie bei der anstehenden Bundestagswahl am 26. September 2021 nicht angewendet werden.

Finanzierung:

Allgemeines Verwaltungshandeln.

Für die Fraktionen

SPD


Tobias Vogel

Bündnis 90/Die Grünen


Stefan Hauf

FDP


Nadja Wildner

OLN

Martin Oehler



WGN


Monika Schneider

Manfred Hirt



Doris Michels

